



STELLUNGNAHME

Hannover, 2. Oktober 2018

Stellungnahme des NTFN e.V. zum Zeitungsartikel „Gekommen, um zu bleiben“ in der Celleschen Zeitung vom 8. September 2018 und der zugrundeliegenden Antwort der Stadtverwaltung Celle auf eine AfD-Anfrage.

Seit dem Bestehen unseres Vereins sehen wir uns mit dem Vorwurf konfrontiert, Geflüchtete würden ihre psychischen Beschwerden nur vortäuschen und bekämen von Ärztinnen und Ärzten sogenannte „Scheinatteste“ ausgestellt. Unser Dachverband BAfF sowie verschiedene Ärztevereinigungen haben sich mehrmals zu diesen Vorwürfen geäußert (siehe Links am Textende).

Mit Bedauern und Wut mussten wir feststellen, dass diese Rhetorik auch in Celle wieder neu aufgegriffen wird. Laut dem Artikel „Gekommen, um zu bleiben“ der Celleschen Zeitung vom 8. September 2018 würden sich Geflüchtete „mittels erschlichener psychologischer Gutachten für Jahre aus der Affäre ziehen“. Insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikum Warendorff und der in Celle ansässigen Psychiatrisch-Psychosomatischen Klinik würden ihnen „unter anderem „Posttraumatische Belastungsstörungen“ oder gar „akute suizidale Tendenzen“ attestier[en]“ (Anführungsstriche im Original) und damit Abschiebungen verhindern.

Des Weiteren wird der Fall einer Familie beschrieben, deren Abschiebung durch selbstverletzendes und suizidales Verhalten ausgesetzt worden sei. Der Autor rechnet sodann die Sozialleistungen und Krankenkosten vor, die die Familie seit der gescheiterten Abschiebung erhalten habe. Psychisch erkrankte Flüchtlinge werden damit zur Steuerbelastung degradiert – sofern sie denn überhaupt wirklich erkrankt sind, immerhin geht es in dem Artikel ums „Tricksen, Täuschen, Simulieren“. Die Möglichkeit, dass Menschen aufgrund der hohen psychischen Belastung einer drohenden Abschiebung tatsächlich dekomensieren (sprich, eine akute psychische Reaktion zeigen, wie weinen, zittern, sich selbst verletzen), klammert der Artikel konsequent aus.

Dem Artikel liegt größtenteils eine Mitteilung der Stadtverwaltung Celle zugrunde. Diese hatte damit auf eine Anfrage der AfD-Ratsfraktion Celle zur „aktuellen Situation mit straffälligen ausreisepflichtigen Zuwanderern“ geantwortet und dabei eine über den Fragenkorpus hinausgehende Bewertung der Sachlage vorgenommen. Oberbürgermeister Jörg Nigge (CDU) nutzte die Antwort auf die AfD-Anfrage für einen Appell an die Landes- und Bundesregierung, „klare Grenzen zu ziehen“ und die „Trittbrettfahrer“ auf dem Flüchtlingszug wieder in ihre Heimatländer abzuschicken.

Die Berichterstattung durch die Cellesche Zeitung ist nicht nur einseitig und verleumdend, sie verwendet auch wissenschaftlich falsche und befremdliche Begriffe wie „Psycho-Störung“. Ähnlich abwertend hatte sich der verantwortliche CZ-Redakteur bereits vergangenes Jahr geäußert (im Artikel: „Keiner will Celle freiwillig wieder verlassen. Abgelehnte Asylbewerber tricksen bis zuletzt“, erschienen in der Celleschen Zeitung am 7.1.2017, Abruf unter: <https://www.nds-fluerat.org/22834/aktuelles/rassismus-in-den-medien/>). Die von Oberbürgermeister Nigge geforderte „offene Diskussion statt Polemik“ ist dadurch nicht zu erreichen.

Die Auswirkungen auf die Betroffenen sind indes abzusehen: die Anerkennung des erlittenen Leids (ein wichtiger Baustein, um das Erlebte zu verarbeiten) wird ihnen verwehrt.

Psychotherapie und Psychiatrie sind wissenschaftlich begründete ärztliche Disziplinen. Fundierte und reproduzierbare Diagnosen ermöglichen eine etablierte Therapie. Hier einen ganzen Berufsstand

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.ntfn.de

Kontakt: a.wuehle@ntfn.de

immer wieder mit unhaltbaren Verdächtigungen an den Pranger zu stellen, ist nicht akzeptabel. Das Problem der Geflüchteten mit psychischen Erkrankungen - wie auch der allgemeinen Bevölkerung – liegt darin, zeitnah einen Psychiater oder Psychotherapeuten zu finden. Gewissenhaft und professionell angefertigte Bescheinigungen werden oft von fachfremden Amtsärzten (z.B. Orthopäden) einfach ignoriert und die Fragestellung auf Reisefähigkeit eingeschränkt. Die teuren Gegengutachten auf Kosten des Steuerzahlers, von denen die Rede ist, werden so gut wie nie veranlasst. Den Geflüchteten wäre schon geholfen, wenn z.B. die Psychiater des sozialpsychiatrischen Dienstes die amtsärztliche Überprüfung vornehmen würden und nicht die Reisefähigkeit, sondern die Schwere der Erkrankung berücksichtigt würde.

Die vorliegenden Ereignisse in Celle setzen eine traurige Tradition fort, die Betroffene unter Generalverdacht stellt und gleichzeitig eine Rhetorik bedient, die die rechtliche und soziale Unterstützung von Geflüchteten als „Anti-Abschiebeindustrie“ diffamiert.

Der NTFN e.V. begrüßt die zahlreichen Stellungnahmen, die sich im Anschluss an die Veröffentlichung gegen die Antwort der Stadtverwaltung Celle, den Beitrag in der Celleschen Zeitung und die Reaktion von Oberbürgermeister Nigge gerichtet haben. Diese Stimmen haben das Geschehen nicht unkommentiert gelassen.

Wir werden uns weiterhin für eine fachgerechte psychosoziale und psychotherapeutische Betreuung von Geflüchteten in Niedersachsen einsetzen und hoffen, dass im medialen Diskurs wie im Alltag wieder eine Atmosphäre der gelebten Solidarität Einzug hält.

Ihr
NTFN e.V.

Die betreffenden Texte der Stadtverwaltung Celle sowie der Celleschen Zeitung finden Sie hier:

<https://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2018/09/712.pdf>
<https://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2018/09/20180910124155.pdf>
<https://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2018/09/20180910124211.pdf>

Stellungnahmen zu sogenannten „Scheinattesten“ der BafF und der Bundesärztekammer:

<http://www.baff-zentren.org/news/und-jaehrlich-gruesst-das-scheinattest/>
[https://www.bundesaerztekammer.de/presse/pressemitteilungen/news-detail/baek-weist-vorwuerfe-von-gefaelligkeitsgutachten-zurueck/ \)](https://www.bundesaerztekammer.de/presse/pressemitteilungen/news-detail/baek-weist-vorwuerfe-von-gefaelligkeitsgutachten-zurueck/)